

GASTKOMMENTAR

Bauen wir Seltene Erden lieber in Europa ab

ROBERTO GARCÍA MARTÍNEZ



Keine Frage: Die „Elektrische Revolution“ geschieht hier und jetzt. Die Zahl der Elektrofahrzeuge auf den Straßen dieser Erde wird seriösen Prognosen zufolge bis zum Jahr 2040 auf rund 400 Millionen steigen. Elektromobilität entspricht dem Zeitgeist. Sauber, leise, effizient. Alles gut also?

Leider nicht. Europa hat sich in eine riskante Abhängigkeit von zweifelhaften Lieferanten der Rohstoffe begeben, die für die so wichtige Batterieproduktion notwendig sind: Lithium, Kobalt, Kupfer, Vanadium und „Seltene Erden“. Nur zwei bis vier Prozent der Batterien, die Europas Automobilindustrie benötigt, werden auch in Europa hergestellt. Dabei ist von Lithium bis hin zu „Seltene Erden“ alles in europäischen Böden vorhanden. Trotzdem überlässt man die Versorgung Ländern wie China, der Demokratischen Republik Kongo oder Chile, in denen es vielfach zu Umweltzerstörungen und schlimmstenfalls sogar zu Menschenrechtsverletzungen kommt.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass im Kongo Kobalteryz mit Kinderarbeit gefördert wird. Und in Südamerika gefährdet der Abbau von Lithium die Wasserversorgung. Dazu muss man wissen, dass für die Gewinnung von einer Tonne Lithiumsalz bis zu zwei Millionen Liter Wasser notwendig sind, was insbesondere in der chilenischen Atacama-Wüste grotesk erscheint.

Hohe Abhängigkeit, lange Lieferwege, eklatante Umweltschäden und grobe Menschenrechtsverletzungen – das alles wird sowohl von Autobauern als auch von Kunden nicht mehr hingenommen. Wer heute ein Elektroauto kauft und glaubt, damit etwas Gutes für die Umwelt zu tun, irrt. Wir sind in der Diskussion über Elektromobilität nicht ehrlich! Zur ganzen Wahrheit gehört die fragwürdige Beschaffung der Rohmaterialien ebenso wie die unbequeme Tatsache, dass der Strom für E-Autos in Deutschland noch immer zu 43,5 Prozent aus Kohle- Gas- und Atomkraftwerken stammt.

Die Europäische Union hat die Batterieproduktion zu einem ihrer wichtigsten Zukunftsprojekte erhoben. Die EU-Kommission geht davon aus, dass sich erstens die Nachfrage nach Batterien bis 2030 gegenüber 2018 um das 14-fache erhöhen wird, zweitens die EU 17 Prozent der weltweiten Nachfrage ausmachen und drittens die EU der zweitgrößte globale Markt für Batterien sein wird. Da wäre es aus strategischer Sicht durchaus sinnvoll, auf die Frage nach der Herkunft kritischer Rohmaterialien für die Batterieproduktion eine zumindest teilweise europäische Antwort geben zu können. Doch dazu muss sich Europa emanzipieren – nicht nur, aber vor allem von China.

Europa muss lauter spielen im Konzert der Supermächte und dabei seinen freiheitlichen Lebensentwurf verteidigen. Verliert Europa aber seine wirtschaftliche Kraft, dann verliert es seine Zukunft. Und zur Sicherung eben dieser Kraft gehört, die strategischen Wirtschaftsfelder der Zukunft mit eigener Kompetenz und eigener Versorgung zu besetzen. Sonst macht sich Europa erpressbar.

Aus alledem ergibt sich, dass Europa wieder mehr Bergbau braucht. Einen minimal invasiven, nachhaltigen Bergbau. Einen, der Standards wie Rückverfolgbarkeit („Batterie-Pass“), transparente Lieferketten sowie ökologisch und ökonomisch solide Konzepte für die Nutzung der Bergbaustandorte einschließt. Es ist also höchste Zeit, neue Quellen für die Rohstoffe der Zukunft in Europa für Europa zu erschließen, um die „Elektrische Revolution“ zu vollenden.

Der Autor ist CEO von Eurobattery Minerals, einer schwedischen Bergbaufirma, die Rohmaterialien für die Batterieproduktion wie Kobalt, Kupfer, Nickel, Vanadium und „Seltene Erden“ ausschließlich in Europa exploriert und abbauen will. Eurobattery ist seit Mitte Januar an der Börse Stuttgart gelistet.

ESSAY

Soll der US-Dollar Symbol des Zeitgeists werden?

Menschen des 18. oder 19. Jahrhunderts vorzuwerfen, dass für sie Werte selbstverständlich waren, die heute vielfach als ablehnenswert erscheinen, führt zu nichts – außer zur Selbstvergewisserung der eigenen moralischen Überlegenheit. Die Opfer damaliger Wertvorstellungen haben davon aber nichts. Sie sind tot. Heutigen Opfern ungerechter Verhältnisse hilft das ebenso wenig. Denn Geschichte, das sind Ereignisse, die sich tatsächlich abgespielt haben. Gleichwohl kann man Sachverhalte besonders sichtbar machen, die vor 150 Jahren für die Mehrheit akzeptabel waren, heute aber als verletzend empfunden werden. Dies unterstreicht zudem die seither erstrittenen gesellschaftlichen Fortschritte.

Präsident Biden plant nun, die 20-Dollar-Noten mit dem Bild des 7. US-Präsidenten, Andrew Jackson aus dem Verkehr zu ziehen, unter anderem, weil dieser Sklavenhalter war. Doch das trifft auf die Mehrheit der auf US-Banknoten abgebildeten Personen zu. Zu ihnen zählt George Washington.

George Washington gilt als fortschrittlicher und erfolgreicher Freiheitskämpfer. Aus der Idee der Loslösung von einer Monarchie und dem Aufbau einer Demokratie hat er einen erfolgreichen Staat und seine Institutionen geprägt – die USA. Wohin man in den USA blickt, findet man Ehrungen George Washingtons. Das reicht von unzähligen Denkmälern und Straßenbenennungen über Schiffsnamen bis zu nach ihm benannten Universitäten. „Washington“ heißt einer der 50 Bundesstaaten, und noch zu seinen Lebzeiten wurde der Hauptstadtbezirk der USA nach ihm benannt – Washington, D.C. Auf der bekanntesten Banknote, dem Ein-Dollar-Schein, ist George Washington abgebildet und vor dem Weißen Haus ragt das fast 170 m hohe Washington Monument auf. Auf seinem nahen Gut und Altersruhesitz Mount Vernon in Virginia befindet sich das Mausoleum des hochgeehrten ersten Präsidenten. Es liegt nur wenige Schritte entfernt von den Unterkünften seiner rund 390 Sklaven. Denkt man die Eliminierung von Geschichte und von Ehrungen in der Geschichte konsequent zu Ende, dann müsste auch die Ehrungen George Washingtons unsichtbar gemacht werden.

Präsident Andrew Jackson wurde ebenfalls vielfach für seine Verdienste geehrt, unter anderem durch seine Abbildung auf der 20-Dollar Note. Nach seinem Sieg über die Briten in New Orleans 1815 wurde er zu einem Nationalhelden, den nur noch George Washington in den Schat-

Der neue US-Präsident will auf der 20-Dollar-Note den abgebildeten Präsidenten Andrew Jackson ersetzen. Das ist mehr als ein Anbiedern an den Zeitgeist. Das Vorhaben läuft Bidens Versprechen zuwider, die gesplante Nation zu heilen

JULIEN REITZENSTEIN



ten stellte. Jackson war der erste Präsident aus einfachsten Verhältnissen und Begründer der Partei Bidens, der Demokraten. Viele seiner politischen Entscheidungen sind bis heute prägend für die USA. Doch viele Elemente seines damals in den USA akzeptierten Welt- und Gesellschaftsbildes sind heute verpönt. Dazu zählt unter anderem, dass er im Auftrag des Kongresses einen blutigen Krieg gegen die Ureinwohner Floridas führte, bei dem auch viele entflohenen Sklaven umkamen.

Dies erscheint heute ebenso problematisch wie die Tatsache, dass Jackson beinahe so viele Sklaven hielt wie Gründungspräsident Washington. Es wäre heute aufgrund des zwischenzeitlichen Wertewandels niemandem vermittelbar, eine neue Ehrung für Jackson zu beschließen. Der Streit, ob man Teile der Geschichte aus der öffentlichen Wahrnehmung entfernen sollte, spaltet die USA. Doch Biden versprach bei seiner Inauguration, gerade Spaltung der Nation zu heilen. Die Umsetzung des von Barack Obama begonnenen Vorhabens, anstelle Jacksons nun Harriet Tubman auf die 20-Dollar-Note zu drucken, wird diese Heilung sicher nicht befördern.

Es gibt wohl nur wenige Frauen, die so sehr als Vorbild für Zivilcourage und demokratisches Engagement geehrt werden sollten wie Harriet Tubman. Bedauerlicherweise findet man die große und bewundernswerte Amerikanerin zu selten in den Narrativen deutscher weißer Feminist*innen. Nachdem Harriet Tubman 1849 aus der Sklaverei geflohen war, wurde sie die bekannteste Afroamerikanerin der „Underground-Railway“, einer Fluchthilfeorganisation für Sklaven.

Trotz erheblicher Risiken, gefasst und ihrem vormaligen „Eigentümer“ überstellt zu werden, reiste Tubman immer wieder in die Südstaaten, um anderen Sklaven bei der Flucht zu helfen. Als über die Sklavenfrage der Bürgerkrieg losbrach, begleitete sie die Truppen der Nordstaaten als Köchin, Krankenschwester – und Kundschafterin. In ihren letzten Lebensjahren setzte sie sich für die Frauenbewegung und das Frauenwahlrecht ein. Harriet Tubman zu ehren, in dem ihr Bild auf eine gängige Banknote gedruckt würde, ist ein großartiges und unterstützenswertes Anliegen. Und es würde einen Bogen schlagen zur Inauguration von Präsident Biden. Die junge farbige Poetin Amanda Gorman hatte in Anwesenheit der ersten farbigen Person im Vizepräsidentenamte ein inspirierendes und kraftvolles Gedicht vorgetragen. „We, the successors of a country and a time where a skinny Black girl descended from slaves and raised by a single mother can dream of becoming president.“ Kurzum: Eine Ehrung Tubmans durch

Abbildung auf einer Banknote wäre nicht nur ein eindrucksvolles Signal dafür, was Einzelne bewirken können, und zwar auch ohne Verbindung zu Macht und Geld. Es würde vor allem darauf aufmerksam gemacht, wie weit sich die Gesellschaft der USA in den 200 Jahren seit Geburt der Sklavin Harriet Tubman entwickelt hat. Und es wäre damit ein Gegenbild für all jene, die unsere heutige Gesellschaft als überflutet mit Zumutungen und Unerträglichkeit bejammern.

Aber dennoch scheint die Absicht der Biden-Administration nicht sinnvoll, Tubman anstelle von Jackson auf der 20-Dollar-Note abzubilden. Der aus Tennessee stammende Jackson hat in den Südstaaten nach wie vor viele Bewunderer – wohl weniger wegen seiner Sklaven, sondern seiner Leistungen für die Region und das Land. Und bei den letzten Wahlen haben in Tennessee 60,7% der Wähler für Trump gestimmt und 37,5% für Biden. Nein, ein solch harter Schnitt wird keine Spaltungen heilen, sondern in das Weltbild der Trumpisten passen.

Nun gibt es aber zahlreiche Banknoten, die seit 1945 nicht mehr neu ausgegeben werden, darunter die 1.000-Dollar-Note. Es ist also möglich, Banknoten aus dem Verkehr zu ziehen, indem sie nicht mehr gedruckt werden. Gleichzeitig sinkt – wie bei anderen Währungen auch – die Kaufkraft einer jeden Banknote kontinuierlich. Was vor einigen Jahren zwanzig Dollar kostete, kostet heute 25 Dollar. Insofern wäre es sinnvoll, in den kommenden Monaten zum 200. Geburtstag Harriet Tubmans eine 25-Dollar-Note mit ihrem Bildnis in Umlauf zu bringen und im Gegenzug die Ausgabe neuer 20-Dollar-Noten zum 200. Todestag von Andrew Jackson in 25 Jahren einzustellen. Wie auch die 1.000-Dollar-Note würden die 20-Dollar-Note ihre Gültigkeit nicht verlieren, aber nach und nach eher bei Sammlern als im Geldumlauf zu finden sein. Denn ganz unabhängig wie ein jeder zu Trump und Biden stehen mag: Die Spaltung der USA zu heilen ist eine der wichtigsten Aufgaben für diese alte, aber nie gestrige Demokratie. Und sie ist ein Inaugurations-Versprechen Bidens, an dem er sich messen lassen muss. Seine Administration wäre gut beraten, dieses Versprechen im Sinn zu behalten, wenn sie das sinnvolle und richtige Vorhaben, Harriet Tubman zu ehren, in die Praxis umsetzt.

Der Autor forscht und lehrt als Historiker zu NS-Verbrechen und Ideologiegeschichte. Als Autor betrachtet er aktuelle politische und gesellschaftliche Entwicklungen in ihrem historischen Kontext. www.julienreitenstein.de www.facebook.com/jreitenstein

IMPRESSUM Verleger AXEL SPRINGER (1985 *)

Herausgeber: Stefan Aust
Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt
Stellvertreter des Chefredakteurs: Oliver Michalsky, Arne Tetz
Chefredakteure in der Welt-Gruppe: Johannes Boie, Dagmar Rosenfeld
Stv. Chefredakteur: Robin Alexander

Geschäftsführender Redakteur: Thomas Exner
Chefredakteur: Torsten Krauel
Redaktionsleiter Digital: Stefan Frommann
Leitung Redaktionsteam: Christian Gaertner, Stv. Philipp Jürgens, Lars Winkler
Creative Director: Cornelius Tittel
Artredaktion: Juliane Schwarzenberg, Stv. Katja Fischer

Politik: Marcus Heithecker, Claudia Kade, Lars Schroeder, Dr. Jacques Schuster
Forum: Eva Marie Kogel, Stv. Rainer Haubrich
Investigation/Reportage: Klaus Müller, Anette Döwider
Außenpolitik: Klaus Geiger
Wirtschaft/Finanzen: Jan Dams, Olaf Gersmann, Stv. Dietmar Deffner, Nando Sommerfeldt, Thomas Exner (Senior Editor)
Feuilleton: Dr. Mara Delius, Andreas Rosenfelder, Stv. Hannah Lüthmann
Literari-

sche Welt: Dr. Mara Delius
Literarischer Korrespondent: Richard Kämmerlings
Stil/Reise: Adriano Sack, Stv. Sönke Krüger, Inga Griese (Senior Editor)
Sport: Matthias Brüggemann
Wissen: Dr. Pia Heinemann, Stv. Wiebke Hollersen
Regionalredaktion Hamburg: Jörn Lauterbach
Nachrichten/Gesellschaft: Thore Barfuß
Community/Social: Franziska Zimmerer
WELTplus: Sebastian Lange
Video: Martin Heller

CvD Produktion: Patricia Plate
Foto: Michael Dilger, Stv. Stefan A. Runne
Infografik: Sandra Hechtenberg, Karin Sturm
Chefredakteur Außenpolitik: Dr. Sascha Lehmann, Stv. Clemens Wergin
Chefwirtschaft: Dr. Dorothea Siems
Korrespondenten Politik/Gesellschaft: Ulrich Exner, Dr. Richard Herzinger
Chefredakteur Feuilleton: Dr. Jan Klüver
Chefredakteur

Wissenschaft: Dr. Norbert Lossau
Chefredakteur: Stefan Frommann
Chefredakteur Wissenschaft: Axel Bojanowski
Leitender Redakteur Zeitgeschichte: Sven Felix Kellerhoff
Ständige Mitarbeit: Prof. Michael Stürmer
Autoren: Henrik M. Broder, Dr. Susanne Gaschke, Peter Huth, Alan Posener, Benjamin von Stuckrad-Barre, Hans Zippert

Auslandskorrespondenten: Brüssel: Dr. Tobias Kaiser, Dr. Christoph Schiltz
Budapest: Boris Kalnoky
Istanbul: Deniz Yücel
Kapstadt: Christian Putsch
London: Stefanie Bolzen, Thomas Kielinger
Marrakesch: Alfred Hackensberger
Moskau: Pavel Lokshin
New York: Hannes Stein
Paris: Martina Meister
Warschau: Philipp Pritz
Washington: Steffen Schwarzkopf, Dr. Daniel Friedrich Sturm